

b+k Berichte und Kommentare

1/2024

öffentlich & deutlich

- Israel und Gaza
- Interview mit Landesbischof Christian Kopp
- Drei Fragen an Berthild Sachs
- Die Schuldenbremse
- AEE und ABC im Gegenüber
- Götze Automobil
- Zeitenwende zur Friedenslogik
- Ukrainische Kinder spielen Theater

fromm & politisch kritisch & solidarisch

**Arbeitskreis
Evangelische
Erneuerung**



- 3 Editorial
- 4 Israel und Gaza – so kompliziert wie noch nie / Johannes Herold
- 6 „Ja, aber ...“ Wie man die „Entweder-oder“-Falle blockiert / Lutz Taubert
- 8 „Wir müssen jetzt viel ausprobieren“ – Interview mit Landesbischof Christian Kopp
- 12 Aufbruch in der Kirche / Ein Kommentar von Elke Zimmermann
- 11 Quo vadis Landeskirchenamt? Drei Fragen an die Vorsitzende des Organisationsausschusses Berthild Sachs
- 13 Die Schuldenbremse: Notwendigkeit oder pseudo-religiöses Dogma? / Hans-Gerhard Koch
- 14 Die Kindergrundsicherung - verdient sie diesen Namen? / Birgit Schönknecht
- 16 AEE und ABC im Gegenüber: „Wie halten Sie es mit dem Umweltschutz und mit der AfD?“ Ein Doppel-Interview mit den Vorsitzenden der beiden Richtungsgruppen in unserer Landeskirche
- 19 Götze Automobil – Wie die FDP die Verkehrswende verhindert / Gerhard Monninger
- 21 Satire! Das Problem ist die Sünde, nicht der Klimawandel?? / Gerhard Monninger
- 23 Das besondere Buch „Wir können auch anders. Aufbruch in die Welt von morgen“ der Politökonomin Maja Göpel / Martin Kleinedam
- 25 Bericht vom Studientag des Initiativkreises Frieden und des AEE / Hans-Gerhard Koch
- 27 Ein Bild geht um die Welt: „I draw peace“ – Eine Ausstellung der Kunstschule Cherson in der Ukraine / Johannes Herold
- 29 Kinder der Theaterschule in Charkiw/Ukraine erholen sich in einem Theatercamp in Süddeutschland / Johannes Herold
- 31 Briefe an uns
- 34 AEE intern – Geschäftsführer:in gesucht • Namen und Adressen
- 36 Das Letzte

Liebe Leserin, lieber Leser,
in diesen bewegten Zeiten ein Magazin zu planen, das sich mit höchst aktuellen Fragen beschäftigt, einen Vorlauf von mehreren Monaten braucht und trotzdem am Puls der Zeit sein soll, das ist keine triviale Aufgabe. Dennoch, meine ich, hat das Redaktionsteam des B+K wieder ganze Arbeit geleistet.

Was auch damit zusammenhängt, dass manche Krisen leider seit Oktober, als wir zu planen begonnen haben, noch immer genauso akut sind und letztlich auch kaum gravierende Veränderungen erfahren haben: Der Krieg zwischen Israel und der Hamas ist nach wie vor brutal – die Entwicklung, dass mit jedem getöteten palästinensischen Kind Israels Position schwächer werden würde, ist eingetreten. Wir versuchen uns an einer Darstellung, die nichts relativiert und alles Leid nebeneinander stehen lässt, weil das Schicksal der Juden und des Staates Israel uns als Deutsche und als Christen nicht kalt lassen kann. Und weil wir meinen, dass die lauten Stimmen mit ihren einseitigen Anschuldigungen zu einfache Antworten haben.

Ein weiterer Themenkomplex bleibt die Zukunft unserer Kirche: mit einem neuen Landesbischof, mit Veränderungsprozessen auf der Verwaltungsebene, aber auch mit einer inhaltlichen Neuausrichtung des Verhältnisses von Kirchenleitung zu Kirchenbasis. Wenn wir immer kleiner werden, können dann die Gesetzesstruktur und das Beamtenrecht weiter-

hin so prägend für unsere (Landes-)Kirche sein?

Mit großer Spannung schauen wir auf unseren neuen Landesbischof Christian Kopp und hören, welche Schwerpunkte er setzen will. Und Dekanin Berthild Sachs schaut auf den Prozess LKA 2030 und sieht, wie die Kirche sich bewegt!

Zum Thema Klimakatastrophe haben wir diesmal einen Kommentar zur Mobilitätsdebatte und der Vergötzung des Autos speziell in unserer deutschen Mentalität – und eine kleine sarkastische Auseinandersetzung mit unseren speziellen Freunden vom ABC und ihrem Sündenverständnis. Hier wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen! Aber wir wollen auch der ernsthaften Auseinandersetzung der verschiedenen Strömungen Raum geben und haben deswegen drei Fragen an Dekan Till Roth als Vorsitzenden des ABC gestellt, zu denen ich als Sprecher des AEE mögliche Antworten aus unserer Perspektive beitrage.

Das Thema Frieden bewegt uns in verschiedenen Artikeln – unter anderem zur Ukraine, sowie über eine Tagung, die wir mit dem Initiativkreis Frieden gemeinsam veranstaltet haben.

Eine reichhaltige Mischung verschiedener Meinungen, Autor:innen und Themen. Möge die Lektüre anregend für Sie sein!

*Ihr Pfr. Johannes Herold
Sprecher des AEE
Anders. Evangelisch. Engagiert.*

Israel und Gaza – so kompliziert wie noch nie

Von Johannes Herold

Unübersichtlich war es ja schon immer im Nahostkonflikt. Aber gerade bricht man schon Rekorde, und die Lage erscheint so aussichtslos wie schon lange nicht mehr.

Ausgangspunkt der aktuellen Eskalation, das darf man nicht vergessen, ist ein beispielloses Massaker der Hamas in Israel am 7. Oktober. Die Geheimdienste waren gewarnt, hielten aber nicht für möglich, was da über das Land hereinbrach: die schiere Menge an Terroristen, die über zahlreiche Kibbuzim und Dörfer herfielen. Die brutale Gewalt, mit der Frauen vergewaltigt, Männer erschossen, Kinder traumatisiert und getötet wurden. Dieser Artikel entsteht am 100. Tag nach dem Massaker, und noch immer sind rund 120 Geiseln in den Händen der Hamas. Und auch wenn manche Geisel gut behandelt wurde: Die schiere wirtschaftliche Not im Gazastreifen legt nahe, dass viele Geiseln an Hunger oder mangelnder medizinischer Versorgung gestorben sein dürften.

Ebenfalls zu dieser Front gehört, wie schon so oft, die Hisbollah, Irans bewaffneter Arm in der Region. Sie stichelt vom Norden her in gewaltigem Ausmaß, rund 80.000 Israelis mussten aus der Region evakuiert werden, weil die Sicherheitslage so dramatisch schlecht ist.

Neu dazugekommen sind die Huthi-Rebellen im Jemen, ein weiterer, noch recht frisch gewachsener Arm des iranischen Gewaltregimes: Mit modernster Raketen-

technik beschießen sie vom Osten her Israel und haben somit eine weitere Front eröffnet.

Die Reaktion Israels kam erstaunlich spät – es dauerte eine Woche, bis die Armee langsam anfang mit Bomben und begrenztem Einmarsch. Umso länger und umso heftiger fällt sie aus und dauert noch an, ein Ende ist nicht absehbar. Das erklärte Ziel ist die endgültige Vernichtung der Hamas und ihres Terrorismus, ein Ziel, das nicht nur verständlich ist, sondern auch als legitim zu betrachten ist.

Aber ist das Ausmaß der Bombardierungen noch legitim? Oder ist es, wie Südafrika vor dem Internationalen Gerichtshof anklagt, Völkermord? Auch wenn die israelische Regierung Zeter und Mordio schreit und von Täter-Opfer-Umkehr spricht: Es ist schon komplizierter – mal wieder. Denn mancher General oder rechtsextreme Politiker spricht von Tieren, die man bekämpfe, oder davon, dass die Palästinenser jetzt endgültig alle vertrieben werden müssten. Nicht hilfreich in der Völkermorddiskussion.

Und natürlich ist es auch nicht hilfreich, dass aktuell (14. Januar) von rund 23.000 getöteten Palästinensern ausgegangen werden muss, darunter fast 8.000 Kin-

der. Ist das noch legitime Reaktion auf den Terror? Und wenn nein: Wann hat die legitime Reaktion aufgehört? Denn es ist wohl klar, dass dieses Massaker nicht unbeantwortet bleiben konnte, jeder Staat hat die Aufgabe, seine Bürger zu beschützen. Und wenn Zivilisten von der Hamas als menschliche Schutzschilde missbraucht werden – wer ist dann schuld an ihrem Tod, die Terroristen oder Israel?

Die Zahlen und die immense Zerstörung im Gazastreifen sowie die hetzerischen Töne der israelischen

Rechten sprechen im Gazastreifen sowie die hetzerischen Töne der israelischen Rechten sprechen klar für die Völkermordthese. Andererseits warnt die Armee regelmäßig Zivilisten, welche Gebiete sie bombardieren wird – zum Teil mit SMS in arabischer Sprache! Damit zeigt sie durchaus den Willen, Terroristen zu bekämpfen und nicht das unschuldige Volk. Je länger die israelischen Bombenangriffe andauern, desto schwieriger wird es der Armee fallen, die öffentliche Meinung auf ihrer Seite zu halten – so sie



denn überhaupt noch dort ist! Einen traurigen Sieg hat die Hamas aber bereits errungen: Sie hat es geschafft, die israelische Friedensbewegung ins Mark zu treffen. Friedensaktivisten wurden gekidnappt, gefoltert, getötet. Ausgerechnet! Und wir

dürfen sicher sein: Das war Absicht.

Der Schlag war von langer Hand vorbereitet und zeigt: Der Hamas ging es nicht um eine bessere Verhandlungsposition gegenüber Israel, schon gar nicht um Freiheit oder bessere Lebensbedingungen für ihr Volk. Sondern es ging einzig und allein darum, Gewalt zu säen und Angst zu schüren! Wir können nur hoffen und beten, dass diese Gewalt möglichst bald ein Ende findet – wie das gehen soll, scheint aber derzeit nicht absehbar zu sein.

„Ja, aber ..“

Wie man die „Entweder-oder“-Falle blockiert

Die Hälfte der Deutschen hat laut einer Allensbachumfrage das Gefühl, man könne seine Meinung nicht mehr frei äußern. Wer aber seine Meinung nicht äußert, der – nun ja – schweigt. Zumindest im öffentlichen, im freien Diskurs. (Ob man hinter vorgehaltener Hand oder in seiner sozialen Blase oder gleich in den sozialen Medien seine Meinung kundtut, wäre dann wohl etwas anderes.)

„Das Schweigen der Mitte“ heißt ein vielsagender Buchtitel, der in der Unterzeile gleich eine Erklärung abgibt und Hoffnung ausdrückt: „Wege aus der Polarisierungsfalle“ (Autorin ist die Soziologin Ulrike Ackermann).

Warum also (und damit schließen wir diese zwei Gedanken kurz), warum also sagt jemand seine Meinung nicht? Vielleicht weil er/sie sich in der Mitte zwischen Extremen sieht, zwischen Schwarz und Weiß, links und rechts, oben und unten, sich nicht zuordnen will, entscheiden kann, positionieren möchte? Vielleicht auch, weil er/sie Angst hat, sich zu positionieren?

Eine Erklärung für das Schweigen der Mitte sind gewiss die Schreihälsa dieser Gesellschaft von links und rechts, von den Rändern und aus den social media, die unsere Gesellschaft spalten in je zwei gegensätzliche Lager, die sich kaum noch verständigen können. Motto dieser „Diskutanten“: Ich hab recht, und wenn

du das anders siehst, bist du blöd. Polarisierungsfalle heißt: Entscheide dich im „Entweder-oder“, und zwar in meinem Sinn; ein „Sowohl-als-auch“, ein Abwägen, ein Hineindenken in die andere Position, gar ein gemeinsames Weiterdenken hin zu einer Synthese gibt's nicht.

Eine weitere Erklärung für dieses Schweigen der Mitte ist zudem der Umstand, dass wir uns von einer Unzahl von Krisenmeldungen zugeschüttet fühlen. Russland, Nahost, Klima, AfD, Ampel, Energiekrise, China, Islamismus, Antisemitismus, der Zerfall der Gesellschaft, der Demokratie, Trump: Wer einen Kommentar über die „Polykrisen“ dieser Zeit schreibt, muss sich erst mal einen Stichwortzettel machen, um die Übersicht zu behalten und die Reihung und Gewichtung zu überlegen.

„Die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden“

Und die Mitte schweigt? Lasst uns alle wieder mehr miteinander reden! Wer redet, kommt ins Denken. „Über die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden“ ist ein Aufsatz Heinrich von Kleists betitelt. Wenn wir alle wieder mehr miteinander reden, würden schließlich auch die großen gesellschaftlichen Debatten wieder aus der politischen Mitte herausgeführt werden. Und dann würde sich womöglich herausstel-

len, dass wir alle gar nicht so weit auseinanderliegen.

Hier sei die These vertreten, dass manche scheinbar strittigen Themen, angebliche Konfliktfelder, ins „Entweder-oder“ zielende Schlagzeilen in der gesellschaftlichen Realität eigentlich gar nicht so strittig sind: Zum Beispiel das Migrationsthema, das mal eben durch eine Politikerbemerkung zur Zahnbehandlung von Asylbewerbern hochgepuscht wird und in unser aller Wahrnehmung der große, der emotional geführte Streitfall ist. Ja, liest und hört man da von den Rändern, die Einwanderung muss tatsächlich irgendwie zurückgeführt oder aber gar gestoppt werden. Wenn dann noch eine dubiose Gruppierung sich für „Remigration“ stark macht, dann ist's bald allen klar: Ja, da muss was geschehen. Bremse rein. Ängste und Vorurteile greifen um sich, die Migration bedroht unsere nationale Identität und Sicherheit!

Sehen wir, die breite und schweigende Mitte, die Migration tatsächlich so kritisch? In Wahrheit ist's so, dass die Deutschen grundsätzlich offen sind für Zuwanderung. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sieht Einwanderung sogar als Chance. Ja sogar als zukunftsichernde Notwendigkeit: Eine Einwanderung, die dem Fachkräftemangel entgegenwirken könnte, wird von zwei Drittel der deutschen Bevölkerung gutgeheißen: „Einwanderung bereichert die Gesellschaft“, sagt die Mehrheit. Schließlich würde uns im Gesellschaftsgespräch untereinander auch klar, wie viele Men-

schen gerade in der gesellschaftlichen Mitte es gibt, die sich ehrenamtlich für Integration und Teilhabe von Migranten einsetzen, wie viele Migranten es gibt, die erfolgreich in Arbeitsmarkt und Gesellschaft eingegliedert sind. – Eigentlich beste Voraussetzung, um für die Zukunft das Politikziel einer moderaten Zuwanderung zu setzen.

Aber da ist diese verfluchte Polarisierungsfall. Dies hier sei, um ihr zu entkommen, ein Plädoyer für einen konstruktiven Dialog aller aus der Mitte heraus. Statt Radikalisierung der Positionen und Verrohung der Sprache ein kommunikatives Miteinander, ein „Sowohl-als-auch“, und vielleicht auch ein (in der Vergangenheit gelegentlich desavouiertes) „Ja, aber...“. Dieses „Ja, aber...“ ist eigentlich die optimale Voraussetzung für einen demokratischen Diskurs: Ich beziehe mit meinem „Ja“ Stellung, aber zugleich gehe ich mit meinem „aber“ auf den anderen Standpunkt ein.

Ein „Ja, aber...“ auf den Nahostkonflikt angewandt

Versuchen wir's doch mal mit einem anderen kontroversen Thema: „Ja, Israel ist das Opfer, das sich verteidigen muss, aber Palästina ist das Opfer, das befreit werden muss.“ Wenn man darüber redet, ist das auf jeden Fall besser, als wenn man dazu schweigt.

Lutz Taubert

„Wir müssen jetzt viel ausprobieren“

Interview mit Landesbischof Christian Kopp

Wie geht's mit unserer Landeskirche, mit dem bayerischen Protestantismus weiter? Der neue bayerische Landesbischof Christian Kopp tritt im Interview in unserem AEE-Magazin „Berichte und Kommentare“ für einen Mix aus guten traditionellen Praktiken und neuen Ideen mit viel Kreativität ein. Das Interview mit Kopp führte Elke Zimmermann.

Wie fühlt es sich an, ein neues Amt anzufangen und gleich ins Krisenmanagement einzusteigen?

Die Zeiten sind für mich enorm herausfordernd. Ich bin aber nicht sicher, ob das Wort „Krise“ wirklich das richtige ist. Wir stehen vor enormen Herausforderungen in der Kirche, weil sich das Leben der Menschen so schnell verändert. Die inneren Haltungen von Menschen werden anders, auch ihre Einstellung zu

Religion. Darauf muss sich die Kirche aus meiner Sicht permanent neu einstellen. Das ist anstrengend, aber auch eine richtig herausfordernde, kreative Aufgabe. Ich habe da richtig Freude daran.

Die evangelisch-lutherische Kirche steht vor großen Veränderungen – Zusammen-



Christian Kopp vor der Kirche St. Lukas München ©ELKB/MCK

legung von Dekanaten, gar Kirchenkreisen. Es wird gekürzt, gestrafft und manchmal gestrichen – wie wollen Sie die Menschen auf diesem Weg begleiten? Wo hakt es am häufigsten?

Das ganze Leben ist Veränderung. Jeder Mensch verändert sich doch permanent. Ich möchte gerne, dass wir in der Kirche aufmerksam und hörbereit mit den Veränderungen umgehen. Zuhören ist eine der Kernkompetenzen in dieser Zeit. Und

dann zielgerichtet und strategisch klug die Wege gemeinsam gehen. Am meisten hakt es – glaube ich – beim Aufeinanderhören. Da können wir noch besser werden.

Veränderungen sind oft schmerzhaft – aber nötig für Neues. Wie sehen Sie den Aufbruch hin zu etwas Neuem? Und wie

Könnte dieses Neue aussehen?

Ich gehöre zu den Menschen, die Veränderungen gernhaben. Ich esse etwa ungern zwei Tage hintereinander das gleiche Mittagessen. Mein Leben lang hatte ich immer schon – meine väterliche Familie kommt aus ganz einfachen Verhältnissen – einen sehr praktischen Umgang mit dem Thema Möglichkeiten und Geld. Wenn man viel hat, kann man viel gestalten. Wenn man weniger hat, muss man genauer überlegen, wofür man sein Geld ausgibt. Niemand weiß genau, wie die Zukunft der Kirche aussieht. Deshalb müssen wir aus meiner Sicht jetzt viel ausprobieren und ermöglichen. Die Felder Seelsorge, Diakonie, Bildung, Kinder und Jugend, Spiritualität und Gottesdienstfeiern sind aus meiner Sicht etwa unverzichtbar. Aber auch in diesen Feldern brauchen wir einen guten Mix aus guten traditionellen Praktiken und neuen Ideen mit viel Kreativität.

Welche Rolle könnten die Richtungsgruppen (hier AEE) bei dieser Erneuerung spielen?

Wie der Name schon sagt: Ein Arbeitskreis Evangelische Erneuerung hat doch gerade wieder genau seine Stunde. Es geht doch im Moment genau um ein erneutes Fragen, was die Mitglieder unserer Kirche von ihrer Kirche brauchen in diesen für uns alle so herausfordernden Zeiten.

Wie sieht Kirche 2030 aus – wird es noch eine Volkskirche geben?

Bei der alten Frage nach der Volkskirche bin ich zurückhaltend. Hat es die wirklich je gegeben, da könnten wir lange spre-

chen. Ich bin da eher bei denen, die von einer Kirche im „Volk“ oder Kirche nahe bei den Menschen sprechen. Auch eine kleiner werdende evangelische Kirche in Bayern wird aber immer ein wichtiger Ort für Menschen und auch für die Gesellschaft hier bei uns sein. Wir haben schon allein durch unsere hohe Präsenz an so vielen Orten einfach viele Vernetzungsaufgaben für das soziale Gefüge in Bayern.

Die Fragen stellte Elke Zimmermann

Lebenslauf von Christian Kopp

15. Oktober 1964 Geburt in Regensburg
 1983 Abitur in Garmisch-Partenkirchen
 1984 – 1990 Studium der Evangelischen Theologie in München, Erlangen, Bern und Tübingen
 1990 Theologische Aufnahmeprüfung
 1991 – 1993 Vikariat Nürnberg-Möggeldorf
 1993 Theologische Anstellungsprüfung
 1993 – 1998 Pfarrvikariat Ingolstadt-Brunnenreuth
 12. Mai 1994 Ordination in Ingolstadt-Süd
 1998 – 2000 Hochschulpfarrstelle Nürnberg-St. Egidien (0,5)
 2000 – 2003 Projektleitung Nord Kommunikationsinitiative der ELKB (0,5)
 2003 – 2012 Pfarrer Nürnberg-St. Georgskirche (Kraftshof)
 2012 – 2013 Studienleiter Evang.-Luth. Gemeindeakademie (Krankheitsvertretung)
 2013 – 2019 Dekan Evang.-Luth. Prodekanat Nürnberg-Süd und Pfarrer Nürnberg-St. Peter
 2019 – 2023 Oberkirchenrat im Kirchenkreis München und Oberbayern
 seit 2023 Landesbischof der ELKB

Aufbruch in der Kirche oder: Bleibt da noch ein Stein auf dem anderen?

**Ein Kommentar
von Elke Zimmermann**



Die Zeiten des Aufbaus in der evangelischen Kirche in Bayern sind vorbei. Die Mitgliederzahlen sinken wie auch die Kirchensteuereinnahmen. In den nächsten Jahren gehen viele Pfarrerinnen und Pfarrer in den Ruhestand. Nachwuchs ist spärlich. Dass es so kommen würde, haben schon einige Studien vor vielen Jahren prophezeit. Deshalb wird auch schon länger ein Sparkurs gefahren, es gibt den Reformprozess „Profil und Konzentration“, um nicht überrascht zu werden, wenn es denn mal so weit ist.

Es ist so weit.

Uns Protestanten ist es praktisch in die Glaubenswiege gelegt, dass wir uns vor Veränderungen nicht scheuen. Und ja, Veränderungen sind nicht nur schön, sondern sehr oft auch schmerzhaft. Immerhin müssen wir unsere Komfortzone verlassen und das tut niemand gerne.

Es stehen also weitreichende Reformen an – auch in der Verwaltung dieser Kirche. Es gibt Pläne, Kirchenkreise, die Zahl der Dekanate zu reduzieren, Gemeinden zusammenzulegen und den gesamten Verwaltungsapparat zu verschlanken.

Ebenso muss geschaut werden, ob eine Landessynode mit über 100 Mitgliedern

noch ihre Berechtigung hat. Wie viele Kirchenvorstände, Dekanatssynoden werden gebraucht, um arbeitsfähig und demokratisch zu bleiben? Wie viele Abteilungen sind im Landeskirchenamt nötig? Gibt es nicht mehr Synergien als bisher gedacht?

Die Ideen sind schon ziemlich weit gediehen und manchmal entsteht der Eindruck, hier bleibt kein Stein auf dem anderen. Und viele sind erschrocken, weil sich die Kirche ja doch bewegt und weil es möglicherweise einen selbst betreffen wird. Muss ich mich als Pfarrerin künftig um noch mehr Gemeinden kümmern? Gibt es in meiner Gemeinde nicht mehr jeden Sonntag einen Gottesdienst? Muss ich zur Nachbarkirche gehen? Kann oder mag ich mich von alten (und guten) Gewohnheiten trennen?

Es wird die größte Aufgabe der neuen Reformatorinnen und Reformatoren sein, die betroffenen Menschen nicht aus dem Blick zu verlieren und inhaltlich, menschlich und spirituell bei ihnen zu bleiben.

In den vergangenen 100 Jahren ist die ELKB gewachsen. Von einem Dekanat Nord und einem Dekanat Süd auf sechs Kirchenkreise mit jeweiligen Regionalbischöf:innen. Welch ein Luxus bei sinkenden Mitgliedern. Wachsen ist einfach, aber der Rückbau – so schmerzhaft er sein kann – ist leider nötig und kann Kirche zukunftsfähig machen. Hoffentlich werden dabei auch gute Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich alle Beteiligten wieder aufs Wesentliche konzentrieren können – auf unsere Mitte, die da heißt Jesus Christus.

Quo vadis Landeskirchenamt?

Drei Fragen an Dekanin Berthild Sachs

Dekanin Berthild Sachs ist Vorsitzende des Organisationsausschusses und schildert aus ihrer Perspektive die aktuellen Fortschritte zur Neuaufstellung Kirche und Landeskirchenamt anhand dreier Fragen, die ihr unser Sprecher Johannes Herold gestellt hat.

B+K: Liebe Frau Sachs, als AEE interessieren wir uns dafür, wie sich die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern weiterentwickeln wird. Unsere erste Frage: Unserem Eindruck nach hat die Kirche eine immense Fülle von Verwaltungsstrukturen geschaffen, die in der aktuellen Situation nicht mehr angemessen ist. Plant und schafft es die Kirche wirklich, diese Fülle an Stellen im Landeskirchenamt zu reduzieren?

Berthild Sachs: Zunächst mal muss man sagen: Der Prozess LKA 2030 ist nicht zuerst Sache der Synode, sondern ein gewaltiger Changeprozess des Landeskirchenamtes, gesteuert durch LKR/Abteilungsleitende unter Einbeziehung der dortigen Mitarbeitenden. Erst wenn Kirchenverfassung oder Kirchengesetze geändert werden oder wenn es Auswirkungen auf den Haushaltsrahmen der Landeskirche hat, kommt die Landessynode ins Spiel.

Im Organisationsausschuss haben wir durch OKR Dr. Blum einen ersten Überblick erhalten. Meinem Eindruck nach ist das Ziel, eine deutliche Verschlinkung der Verwaltungsstrukturen zu erreichen, um in einer Landeskirche, die kleiner und ärmer wird, effizient, agil und dienstleistungsorientiert zu handeln. Das versäulte Ab-

teilungsdenken soll überwunden, Doppelstrukturen und -zuständigkeiten sollen identifiziert und abgebaut werden. Übrigens sind keineswegs alle in den letzten Jahren aufgewachsenen Stellen einer selbstbezüglichen Verwaltungswut geschuldet, sondern oft genug den gewachsenen gesellschaftlichen oder juristischen Anforderungen von außen, z. B. Flüchtlingsarbeit, Kirchenasyl, aber eben auch IT, Datenschutz, Arbeitssicherheit, Klimaschutz, Umsatzsteuer, Doppik. In all diesen Bereichen ist es unerlässlich, dass die Gemeinden und Verwaltungsstellen in München zentral auf Unterstützung zugreifen können. Natürlich tangiert das im Landeskirchenamt gewachsene Strukturen, deren Veränderung eine riesige Herausforderung für die Mitarbeitenden ist und hier und dort Verlustängste auslösen kann.

B+K: Im Landeskirchenamt werden Dienste und Einrichtungen gespiegelt. Das führt unserer Einschätzung nach zu Doppelstrukturen, die Personal und Finanzen binden, was wir uns nicht mehr leisten können. Könnte man hier nicht einsparen? Genau das ist ja eines der erklärten Ziele von LKA 2023. Die Zahl der Abteilungen soll verringert werden, z. B. durch ein Verschmelzen von Abteilung C und D zu einer einzigen theologisch-inhaltlichen

Abteilung. Zentrale kirchliche Themenfelder wie Bildung, Diakonie oder Ökumene sollen noch konsequenter in Facheinrichtungen außerhalb des LKA dezentralisiert werden. Identische Prozesse und Dienstleistungen, z. B. Personalverantwortung oder juristische Kompetenz, sollen in jeweils einer Abteilung gebündelt werden. Gleichzeitig müssen die Kommunikations- und Entscheidungswege möglichst kurz und transparent werden und die Ansprechpersonen klar sein. Ob und wie dies gelingt, wird dann sicher erst die Praxis ab 2030 zeigen, wenn die neue Organisationsstruktur umgesetzt ist.

B+K: Wir alle wissen, dass der Mangel an Pfarrpersonen groß ist. Müssen Pfarrer alles machen? Einerseits dürfen (nicht-theologische) Prädikant:innen keine Kasualien halten, andererseits werden Stunden für Mesner, Hausmeister, Sekretariate immer weiter gekürzt, was den Pfarrpersonen mehr Arbeit einbringt. Soll das so bleiben?

Für theologisch-pädagogische Mitarbeitende wie Diakoninnen oder Religionspädagogen gibt es bereits Kasualmodule, mit denen sie sich fortbilden können, um dann, wenn die Stelle und Dienstordnung dies vorsieht, Kasualien zu übernehmen, z. B. Beerdigungen im Rahmen der Altenheimseelsorge oder Taufen im Rahmen von Familienarbeit. Für ehrenamtliche Prädikantinnen und Prädikanten wird das vereinzelt bereits angefragt und diskutiert. In einigen Jahren wird die Personalnot in manchen Regionen möglicherweise so groß sein, dass es insbesondere bei Beerdigungen zu einer Öffnung kommt.



Dekanin Berthild Sachs

Voraussetzungen wären dann aber nachgewiesene seelsorgerliche Kompetenz und eine Verlässlichkeit, die meines Erachtens auch in eine Bezahlung münden müssten. Schon jetzt hat die Synode ja die Möglichkeit eröffnet, den Dienst ehrenamtlicher Prädikanten und Prädikantinnen durch Zahlung einer Ehrenamtspauschale zu honorieren.

Auch die Anstellung nichttheologischer Berufsgruppen (z. B. für Bereiche wie Baubegleitung, Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit etc.) ist inzwischen möglich auf bis zu 5 Prozent der Stellen des Stellenplans. Allerdings erfolgt die Anstellung dann auf Dekanatsbene und nicht bei der Landeskirche, und der Dekanatsbezirk trägt das Anstellungsrisiko, wenn keine Befristung greift.

Die Schuldenbremse

Notwendigkeit oder pseudo-religiöses Dogma?

Von Hans-Gerhard Koch

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse im Grundgesetz ist diese wieder ins Gerede gekommen. Die Bundesregierung musste in aller Eile den Haushalt 2024 um 17 Milliarden kürzen, und eines der Resultate sind die Proteste der Bauern gegen die Streichung einiger Subventionen. Andere Betroffene protestieren nicht so lautstark. Dass die Kindergrundsicherung unzureichend bleibt, steht in einem Artikel in diesem B+K.

Dass der klimaverträgliche Umbau der Wirtschaft ins Stocken gerät, wird sich erst in einigen Jahren rächen. Die Schuldenbremse – wie ist es eigentlich dazu gekommen?

2009 haben Bundestag und Bundesrat sie als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 beschlossen. Seitdem darf die Regierung nicht mehr als 0,35 % des Haushalts als Kredit aufnehmen, außer es ist eine Notlage vorhanden. Die Bedingungen für eine solche Notlage hat das Verfassungsgericht jetzt verschärft. Es muss eine Notlage erklärt werden, und nur genau dafür darf Geld aufgenommen werden, und auch nur in genau dem Jahr des Haushalts.

Die „schwäbische Hausfrau“ wird das freuen. Sie darf ja auch nicht mehr ausgeben, als sie im Portemonnaie hat. In der Volkswirtschaft sieht das anders aus. Staatsausgaben sind auch ein Motor für

die Konjunktur. Und wenn sie die Wirtschaft langfristig fit machen, sind sie eine Zukunftshoffnung. Wenn nötige Investitionen in Energie, Bildung, Gesundheit oder Mobilität unterlassen werden, spart sich eine Gesellschaft kaputt.

Andere Länder haben das erkannt und investieren kräftig auf Pump. Sie meinen, langfristig lohnt sich das.

Deutsche Politiker reden gerne von der Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen. Es ist aber die Frage, was die von einer „schwarzen Null“ haben, wenn das Bildungswesen, die Infrastruktur oder die Energiewende in Trümmern liegen.

Mich erinnert das bedingungslose Festhalten an der Schuldenbremse an das ebenso bedingungslose Festhalten der katholischen Kirche an ihren Dogmen.

Schon in den 30er-Jahren des letzten Jahrhunderts hat der Sozialphilosoph Walter Benjamin den Kapitalismus als eine neue Form der Religion bezeichnet. Der „Markt“ sei unfehlbar, allmächtig und allwissend. Die Religion sei aus den Kirchen nur ausgewandert.

Ich meine, wenn jetzt in den Kirchen nur noch gerechnet und dafür in der Wirtschaftspolitik an Dogmen geglaubt wird, ist das kein guter Tausch. Die Politik wäre gut beraten, wenn sie die Schuldenbremse so reformieren würde, dass sie keine „Zukunftsbremse“ wird.

Die Kindergrundsicherung - verdient sie diesen Namen?

Von Birgit Schönknecht, Referentin im Diakonischen Werk Bayern

Es ist viel und lange über sie geschrieben und in der letzten Zeit auch über sie geredet worden: die Kindergrundsicherung.

Die Kindergrundsicherung soll gegen Kinderarmut im reichen Deutschland wirken. Sie soll die vielfältigen und i. d. R. unübersichtlichen Familienleistungen bün-

lichst ohne hemmende Schnittstellen funktionieren sowie bürgernah und digital umsetzbar sein. Auf jeden Fall sollte eine Kindergrundsicherung, die diesen Namen auch verdient, sowohl einen monetären als auch einen organisatorischen Mehrwert für die anspruchsberechtigten Familien haben. Insbesondere sollte sie

die Lage der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen und deren Familien maßgeblich verbessern.

Damit dies gelingen kann, müssten die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen aber zunächst „realitätsgerecht“ erfasst und als Grundlage nachvollziehbar und einheitlich definiert werden. Sowohl

altersspezifische Bedarfe als auch die Möglichkeiten zur soziokulturellen Teilhabe wären hierbei neu zu bedenken und zu berechnen.

Entgegen der Ankündigung im Koalitionsvertrag wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die Ermittlung des Existenzminimums aber weder systematisch überprüft, noch verbessert. Auch sind die eingestellten Mittel deutlich zu gering, um eine substanzielle und notwendige Erhöhung des Existenzminimums zu fi-



Einigung auf wessen Kosten?

© Bundesministerium der Finanzen

deln, die Holschuld der Familien in eine Bringschuld des Staates verwandeln und dabei das System der monetären Familienleistungen entbürokratisieren.

Um diesen Zielsetzungen gerecht zu werden, müsste die Kindergrundsicherung allerdings so ausgestattet sein, dass sie alle anspruchsberechtigten Familien auch erreicht und dabei passgenau, auf der Basis eines transparenten und sachgerecht ermittelten Leistungsniveaus wirkt. Sie sollte dabei unbürokratisch und mög-

nanzieren. Sie stellen auch keine Realerhöhung dar, wie dies in der medialen und politischen Diskussion immer wieder behauptet wird, da keine Neuberechnung der Bedarfe von Kindern und Jugendlichen vorgenommen wurde. Eine maßgebliche finanzielle Verbesserung ergibt sich deshalb für Familien mit geringem Einkommen nicht. Das soziokulturelle Existenzminimum ergibt laut der aktuellen Zahlen ein Plus von 20 bzw. 28 €, je nach Alter des Kindes. Eine fatale Ungleichbehandlung besteht zudem für Kinder, deren Eltern sich im Asylbewerberleistungsbezug befinden; für sie soll ab



© Didi01/pixelio.de

2025 der Sofortzuschlag (20€/Kind, im Juli 2022 als Übergangslösung für Kinder im Leistungsbezug eingeführt) gestrichen werden.

Darüber hinaus bleibt es weiterhin bei einer zweifachen Antragstellung für Familien im Bürgergeldbezug (Job-Center

und Familienkasse, neu: Familienservice). Ebenso bleibt bei Einkommenschwankungen eine Nachbeantragung erforderlich. Dies stellt bereits jetzt für Familien mit einem Anspruch auf Kinderzuschlag eine enorme Herausforderung dar. Die Folge: Diese Leistung wird im Schnitt lediglich von 30% der anspruchsberechtigten Familien abgerufen. Auch Alleinerziehende profitieren bei dem aktuellen Gesetzentwurf kaum, da das Unterhaltsvorschussgesetz für Kinder ab 7 Jahren nur noch dann greifen soll, wenn Alleinerziehende mindestens 600 € dazuverdienen. Zu bemängeln bleibt auch die Nachweispflicht des sogenannten Teilhabegeldes von 15 € für Vereinsbeiträge aus dem Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT).

Dies alles sind bürokratische Hürden, die es Familien künftig nicht leichter machen werden, die in Aussicht gestellte neue Leistung abzurufen. Eine Kindergrundsicherung, die diesen Namen wirklich verdient, müsste darum niederschwelliger und mit einem deutlich größeren finanziellen Volumen ausgestattet sein.

*Birgit Schönknecht,
Referentin für Familienfragen
des Diakonischen Werks Bayern*

AEE und ABC im Gegenüber:

„Wie halten Sie es mit dem Umweltschutz und mit der AfD?“

Ein Doppel-Interview mit den Vorsitzenden der beiden Richtungsgruppen in unserer Landeskirche

Der Arbeitskreis Bekennender Christen (ABC) und der Arbeitskreis Evangelische Erneuerung (AEE) sind zwei Richtungsgruppen in der ELKB. Wenn man ihre Richtung verkürzt auf den Punkt bringt, ist die eine Gruppe konservativ, die andere progressiv. Aber was macht ihr Profil tatsächlich aus? Dazu fragten wir im Doppel-Interview den Vorsitzenden bzw. Sprecher der jeweiligen Gruppe, Dekan Till Roth (ABC) und Pfarrer Johannes Herold (AEE). Die Fragen stellte HG Koch.



Dekan Till Roth,
erster Vorsit-
zender des
Arbeitskreises
Bekennender
Christen (ABC)



Pfarrer
Johannes Herold,
Sprecher des
Arbeitskreises
Evangelische
Erneuerung (AEE)

Berichte und Kommentare (B+K): Die ELKB und die Kirchen in unserem Land insgesamt stehen vor großen Veränderungen. Vieles wird 2050 nicht mehr so sein wie 2023. Welche Herausforderung ist Ihnen die Wichtigste?

Wenn die Entwicklungen so weitergehen, sind die Kirchen bald eine deutliche Minderheit in unserem Land. Ich halte es für wichtig, dass sich Haupt- und Ehrenamtliche, angeleitet durch kirchenleitende Impulse, auf diese neue Identität und Rolle in der Gesellschaft einstellen und sie annehmen lernen. Wir brauchen

Die Kirchen müssen von ihrem alten Denken, ihren alten Strukturen wegkommen: weg vom Beamtensystem mit Kirchengesetzen und zentralistischer Struktur; weg von dem Selbstbild der gesellschaftsprägenden Institution; weg leider auch von einer Struktur, in der kleine, überschaubare Gemeinden eine Pfarr-



eine Theologie der Diaspora und dürfen nicht vergangenen Zeiten nachweinen. Eine große Herausforderung sehe ich darin, die übrig bleibenden Gemeindeglieder in ihrem Glauben mündig und sprachfähig zu machen. Der geistliche Grundwasserspiegel ist derzeit weithin extrem niedrig. Überzeugtes Christsein wird nicht per se aus der Minderheitensituation heraus entstehen.

person haben, die dann vom Kindergarten über das Pflegeheim bis hin zum Friedhof alles managt und beseelsorgt. Was wachsen kann? Verschiedene Strukturen an verschiedenen Orten, bedarfsgerecht mal sozial orientiert (KiTas, Obdachlosenarbeit), in manchen Quartieren auf Altenarbeit konzentriert, in anderen auf Kinder und Familien – und alles wird immer wieder neu überdacht werden müssen. Ein fluides System, das für alle Beteiligten anstrengend sein wird – aber vielleicht sogar evangeliumsgemäßer als der große Dampfer Kirche, der wir gerade sind.

B+K: In unserer Kirche ist ein Klimaschutzgesetz in Vorbereitung, das helfen soll, die ELKB bis 2035 zu 90% und bis 2045 ganz klimaneutral zu machen. Unterstützen Sie dieses Ziel oder sehen Sie andere Prioritäten?

Ich halte den Klimaschutz für wichtig, er gehört aber sicher nicht zu den wesentlichen Aufgaben der Kirche. Man wird vergeblich nach einem neutestamentlichen Auftrag dazu suchen. Gottes Schöpfung „zu bebauen und zu bewahren“ (Gen 2, 15) ist vom urgeschichtlichen Kontext her ein Auftrag an die gesamte Menschheit. Insofern leisten wir als einzelne Christen wie auch als Kirche einen selbstverständlichen Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung, aber eher wie nebenbei und nicht mit großem Getöse. Anstatt eigenes Personal und einen kirchlichen Arbeitszweig dazu aufzubauen, würde ich es wahrscheinlich vorziehen, professionelle Be-

Die Schöpfung bebauen und bewahren, das ist laut der Bibel eine anthropologische Konstante, die für uns Christen entscheidend ist. Ein Gottes Willen entsprechendes Leben können wir nur dann führen, wenn wir alles in unserer Macht stehende tun, um die Klimakatastrophe möglichst abzumildern – von Verhinderung kann ja schon keine Rede mehr sein. Dass sich daraus Kooperationsmöglichkeiten mit nichtkirchlichen Menschen ergeben, ist ein schöner Nebeneffekt, den eine Kirche unbedingt nutzen sollte, die für viele Menschen uninteressant geworden ist. Aber unser Anspruch muss es sein, unser Leben im Sinne der



ratung und entsprechende externe Dienstleistungen einzukaufen.



Heiligen Schrift zu führen, und da ist engagierter Klimaschutz ein wichtiger Teil dazu.

B+K: Viele Mitglieder unserer Kirche sehen eine aktive Mitarbeit in der AfD als unvereinbar mit den Werten unseres christlichen Glaubens an. Andererseits sieht zum Beispiel der Augsburger Bischof in Fragen der Ehe und Sexualität durchaus Übereinstimmungen. Wie sehen Sie das?

Ich sehe das wie bei vielen anderen Themen: Es führt kein Weg daran vorbei, mit Christen zu diskutieren, die es ihrer Meinung nach für nicht unvereinbar mit christlichen Werten halten, in der AfD mitzuarbeiten. Allerdings kenne ich sehr wenige Menschen, die kirchlich hochverbunden sind und von denen ich vermuten würde, dass sie AfD-Wähler sind. Natürlich kann man im Grundsatzprogramm der AfD Schnittmengen mit christlichen Überzeugungen finden; anderes wie z. B. die fremdenfeindlichen Äußerungen widerspricht christlichen Werten. Das ist bei allen Parteien so. Ich persönlich nehme bei führenden AfD-Politikern wenig von christlicher Geisteshaltung wahr; ihre aggressive, subversive politische Kultur finde ich abstoßend.

Wir können hier gar nicht klar genug sein: Die AfD widerspricht in ihren Meinungen, Äußerungen und Zielen diametral dem christlichen Menschenbild, dem christlichen Bild einer friedlich zusammenlebenden Gesellschaft von Menschen mit und ohne Behinderung, Migrationshintergrund, wirtschaftlicher Stärke; und sie widerspricht dem Gedanken der Zusammengehörigkeit aller Menschen auf der ganzen Welt als geliebten Geschöpfen Gottes. Eine Zusammenarbeit mit der AfD ist nicht denkbar und wir sind als Kirche aufgerufen, ihr an jeder möglichen Stelle zu widersprechen.

Götze Automobil

Wie die FDP die Verkehrswende verhindert

Wenn der Herr Benz vor knapp 140 Jahren gesagt hätte: Liebe Menschheit, ich beschere euch ein Transportmittel, das unglaubliche Dinge kann: Ihr werdet so schnell sein wie die Vögel des Himmels, ihr werdet mit einer winzigen Bewegung eures Fußes über die Kraft von hundert Pferden gebieten. Ihr werdet ohne Schweiß zu vergießen tonnenschwere Lasten bewegen – aber es gibt ein paar Probleme: Das Auto wird einige Tausend Tote pro Jahr als Tribut fordern, die Luft der Städte wird verpestet werden, die Erderhitzung wird sich beschleunigen – wenn er das gesagt hätte, der Herr Benz, hätten wir dann heute das Automobil?

Die Frage ist obsolet – wir haben es! Und es hat uns – im Griff. Selbst eine rot-grün-gelbe Regierung, die sich die Verkehrswende ins Programm geschrieben hat, kann sich nicht aus dieser Umklammerung lösen; genauer gesagt, der FDP-Partner in dieser Regierung. Verkehrsminister Wissing prognostiziert in einem Gutachten seines Hauses: Der Personenverkehr auf der Straße wird bis 2051 um 7 Prozent zunehmen, der Güterverkehr um 50 Prozent. Sein Fazit: „Wir brauchen auch den beschleunigten Ausbau der Straße, wenn wir unseren Wohlstand sichern wollen.“ Er setzte durch, dass fast 1000 Autobahn-Kilometer beschleunigt ausgebaut werden. Umweltschützer und Grüne waren entsetzt und warnten, die Klimaziele würden dadurch verfehlt. Eine

neue Studie des Prognos-Instituts kommt zu ganz anderen Ergebnissen. Deren Szenario zufolge nimmt der Verkehr bis 2051 deutlich ab, insgesamt um 22 Prozent. „Dass der Verkehr hierzulande immer weiter ansteigt, ist eine politische Entscheidung von Volker Wissing, keine wissenschaftliche Selbstverständlichkeit“, urteilen die Analysten. Die Prognose des Verkehrsministeriums sei eine Fortschreibung des Status Quo. Nötig sei aber der Wille zur politischen Veränderung.

An diesem Willen hapert es auch noch an vielen anderen Stellen.

- Auf deutschen Straßen wird weiterhin sehr viel CO₂ ausgestoßen – und Besserung ist kaum in Sicht. Um die Klimaziele zu erreichen, müsste die Reduktion erheblich beschleunigt werden. Stattdessen hat die FDP durchgesetzt, dass die Treibhausgasbilanz nicht mehr nach einzelnen Sektoren (z. B. Gebäude, Energie, Industrie, Verkehr), sondern nur in der Gesamtsumme dargestellt wird. Darin kann sich der Verkehr dann gut verstecken, andere Sektoren müssen kompensieren, was im Verkehr verfehlt wird.

- Ein Tempolimit auf den Bundesautobahnen ist für die FDP nach wie vor ein Tabu. Dass damit laut einer Studie des Umweltbundesamtes 1,9 bis 5,4 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden könnten, wird geflissentlich überhört.

- Das Dienstwagenprivileg: Wer einen Dienstwagen privat nutzen kann, profitiert davon, dass die Anschaffungskos-

ten, Reparaturen, Steuern und in einigen Fällen auch der Sprit vom Arbeitgeber getragen werden. Da für die private Nutzung also kaum Kosten anfallen, muss diese als sogenannter geldwerter Vorteil entsprechend versteuert werden. In Summe entgehen dem Fiskus dadurch etwa 3,5 bis 5,5 Mrd. Euro pro Jahr (FÖS 2021; UBA 2021). Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft sagt dazu:

„Rund zwei Drittel aller Neuwagen wer-

ihrem Selbstbild als Partei der „Besserverdienenden“ wieder alle Ehre.

Freilich – man darf es sich mit der Kritik an dieser klimafeindlichen Verkehrspolitik nicht zu leicht machen. Sie beruht auch auf einer manchmal fast kultischen Verehrung des Automobils. Es ist erschreckend zu sehen, welche Opfer wir diesem zugegeben faszinierenden Verkehrsmittel bringen. Allein es zu kaufen und zu unterhalten verschlingt einen Großteil unseres Einkommens. Im Jahr 2022 sind 2.788 Menschen im Straßenverkehr gestorben, 361.134 haben Verletzungen davongetragen.

Das ist ein Blutopfer, wie es früher allenfalls einer Gottheit dargebracht wurde.

Könnte es sein, dass das Auto für viele Menschen zum Götzen geworden ist? Ich beobachte, wie Männer schneller

atmen, wenn sie vor einem der Kultobjekte aus der Automobilindustrie stehen. Ja, der Götze hat seinen Kult, man dient ihm.

Es mag ja sein, dass wir in bestimmten Situationen auf das Auto nicht ganz verzichten können. Aber es dient doch nur dazu, von A nach B zu kommen, und da gibt es jede Menge klimafreundlicher Alternativen. Der Götze muss vom Sockel gestürzt werden. Dann kann sich die FDP nicht mehr auf den Willen der Bürger berufen.

Gerhard Monninger



Kultobjekt Automobil
©Thomas Max Müller_Pixelio

den gewerblich zugelassen. Firmen- und Dienstwagen bestimmen also maßgeblich das Tempo der Antriebswende und sind zentraler Hebel für den Klimaschutz im Verkehr. Vor allem das Dienstwagenprivileg fördert den Absatz neuer Autos und wirkt wie eine Auto-Flatrate. Es werden dabei aber weiterhin viele CO₂-intensive Autos gekauft, die dann für viele Jahre auf den Straßen bleiben und das Erreichen der Klimaziele erschweren. Auch kommt die Subvention ganz überwiegend den einkommensstärksten 1 bis 10 Prozent der Bevölkerung zu, was sie sehr ungerecht macht.“ Die FDP macht also

Vorsicht: Satire!

Das Problem ist die Sünde – nicht der Klimawandel ??

Gott sei Dank, dass wir vor einer „unreflektierten Unterstützung der Klimaaktivisten“ gewarnt werden. Danke ABC! Da hätten wir beinahe einen großen Fehler gemacht. Wir glaubten doch tatsächlich, der Klimawandel bedrohe das Leben künftiger Generationen auf diesem Erdball und man müsse alle unterstützen, die sich hier engagieren. Jetzt wissen wir es besser und können uns getrost etwas zurücklehnen.

Wir waren überzeugt, dass auch die Kirchen mitmachen sollten, wenn es um Reduzierung von CO₂ geht, und sind in unserer Verwirrung so weit gegangen, dass wir konkrete Maßnahmen dafür benannt und gefordert haben. Wir dachten, das wäre verantwortungsvolles Handeln. Dabei haben wir übersehen, dass wir eben doch eine zweite Erde haben, im Himmel! Das ist doch wunderbar! Wir lassen uns nicht mehr verrückt machen mit diesem Klimawandel. Gelassenheit ist angesagt, es ist alles nicht so schlimm. Die Afrikaner, die meinen, ihnen werde die Lebensgrundlage entzogen durch die Erderhitzung, die müssen sich zu Christus bekehren und zusehen, dass sie in den Himmel kommen! Dann brauchen sie nicht nach Europa flüchten. Und wir können uns um das eigentliche Problem für die Menschheit kümmern, um die Sünde!

Wir hatten da wohl ein falsches Verständnis, wenn wir glaubten, dass unser Le-

Evangelisches Sonntagsblatt 15. 10. 2023

CHRISTUSTAG BAYERN

Kritik an Sympathien für Klimaaktivisten

Am Christustag des Arbeitskreises Bekennender Christen in Bayern (ABC) am Tag der Deutschen Einheit hat der ABC eine „unreflektierte Unterstützung“ von Klimaaktivisten durch Teile der Kirche kritisiert. Man könne die Klimakrise „nicht als das größte Problem der Menschheit bezeichnen“, heißt es in einer Mitteilung des ABC. Aus christlicher Sicht sei das größte Problem der Menschheit die Sünde, die Trennung von Gott. Auch den Satz der Klimaaktivisten „Wir haben nur eine Erde“ könne man nicht unterschreiben, wenn man an die Auferstehung der Toten und das ewige Leben glaube. Der ABC rief angesichts der Sorgen vor einer Klimakrise zu „verantwortungsbewusstem Handeln und zugleich zu Gelassenheit im Vertrauen auf Gott“ auf. In einer Erklärung zum Christustag Bayern habe man an die Menschen appelliert, Gottes Schöpfung nicht mehr rücksichtslos und zerstörerisch auszubeuten, aber auch vor einem moralischen Druck in der Klimadebatte gewarnt. Er berge die Gefahr „gesellschaftlicher Verwerfungen“. epd

bensstil des „Bigger, better, faster, more“ etwas mit Sünde zu tun hätte, also damit, dass wir unsere Macht über die Erde grenzenlos entfalten und leben wollen nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“. Oder auch damit, dass wir unser Glück und unsere Seligkeit am Altar des Konsums finden wollen.

Aber jetzt wissen wir es besser. Sünde ist die Trennung von Gott. So konkret und alltagstauglich hat das bis heute noch niemand auszusprechen gewagt.

Gut auch, dass der ABC vor moralischem Druck warnt. Er warnt nur davor, die Erde rücksichtslos und zerstörerisch auszubeuten. Das kann schon deshalb kein moralischer Druck sein, weil man ja nicht erfährt, was das konkret heißt. Niemand muss sich dadurch aus der Ruhe bringen lassen.

Mit seiner Erklärung trägt der ABC auch dazu bei, gesellschaftliche Verwerfungen zu vermeiden. So eine Einstellung zum Klimawandel ist auch in der AfD mehrheitsfähig. Das dient ganz eindeutig dem gesellschaftlichen Frieden.

Gerhard Monninger

Impressum

B+K –

Berichte und Kommentare

Das Magazin des Arbeitskreises Evangelische Erneuerung (AEE).
Erscheinungsweise: halbjährlich
Herausgeber: Johannes Herold,
Sprecher des AEE

Redaktion: Gerhard Monninger (gm),
Martin Kleineidam (mk), Dr. Hans-
Gerhard Koch (HG), Lutz Taubert (lt)
Druck: DCT GmbH-Druckerei und
Copyshop in Coburg, Oberfranken
Der AEE ist eine innerkirchliche Rich-
tungsgruppe im Raum der Evang.-
Luth. Kirche in Bayern

AEE-Geschäftsstelle:

Beate Rabenstein

Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth

AEE im Internet:

<http://www.aee-online.de>

Wir leben in der „Zwischenzeit“

... nämlich am Kippunkt zwischen dem „Nicht mehr“ und dem „Noch nicht“: Eine These aus dem Buch „Wir können auch anders, Aufbruch in die Welt von morgen“ der Politökonomin Maja Göpel (Berlin 2022) / Eine Besprechung von Martin Kleineidam

Die Pflanze Romanesco bildet mit feinziselierten Türmchen wiederum größere Türme, die den kleinen ähneln. Maja

tingung der Welt von morgen.

Die Politökonomin umschreibt unsere Gegenwart als „Zwischenzeit, in der das



Romanesco brassica oleracea mit Fibonacci-Spiralen ©Ivar Leidus

Göpel nimmt in ihrem Buch „Wir können auch anders“* ein Wunderwerk der Natur (296) als Bild für die Bedeutung des einzelnen Menschen bei der Neugestal-

* Göpel, Maja, *Wir können auch anders, Aufbruch in die Welt von morgen*, Mitarbeit: Marcus Jauer, Berlin 2022.

Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann“ (44). Irgendwann kommt es in der Zeit des Nicht-mehr und Noch-nicht zu einem Kippunkt (Thomas Schelling 1971). Göpel, die auf den Erkenntnissen der Systemtheoretikerin Donella Meadows aufsetzt, verteidigt den

Ansatz beim einzelnen Menschen zur notwendigen ökologischen Veränderung. Der Einzelne vernetzt sich zu einem komplexen System mit zeitlicher Dynamik und einer gemeinsamen Bestimmung. Wie beim Kohl Romanesco ist der einzelne Mensch in dem werdenden Gebilde wichtig für die Gestalt des Ganzen. Ihm wird daher eine Doppelrolle angetragen: die des Sterbebegleiters und der Hebamme.

Da das Neue noch nicht in Gänze erscheinen kann, beschäftigt sich die Nachhaltigkeitswissenschaftlerin im Hauptteil ihres Werkes mit Systemfallen: Falsche Zielsetzungen, Abhängigkeiten, entfesselter Wettbewerb, Änderungsresistenz und Übernutzung verhindern die Neuerung.

Ihre charmante Auseinandersetzung mit dem alten System eröffnet allen in den Systemfallen Gefangenen Wege in die neue Welt, die bereits im Werden ist. Es geht der promovierten Honorarprofessorin nicht um Verzicht und Verbieten und schon gar nicht um Ökodiktatur.

Verantworten, Vermögen, Vermitteln, Verhalten und Verständigen sind ihre Operatoren des Wandels (113-274). Die gefragte Rednerin kreuzt mit ihrem Buch geschickt gegen den Wind des alten Systems und bewegt sich nahe an unserer Zeit und ihren Erfordernissen. Nicht mehr Analysen und Programme helfen in die neue Zeit, sondern allein die Tat; denn das Zeitfenster der Zwischenzeit zwischen Altem und Neuem ist knapp be-

messen und der Ausgang offen. Jetzt aber ist für jeden Einzelnen der günstige Augenblick des Interregnums gekommen, wirkmächtig auf die Neuerung der Welt Einfluss nehmen zu können. Die Autorin nimmt den Leser und die Leserin mit hinein in einen „Love Loop“ (272): Wir fangen an, das zu glauben, was wir bereits an Veränderung sehen (ebd.).

Das Buch „Wir können auch anders“ von Maja Göpel ermutigt gerade den Einzelnen, der meint, er könne ja doch nichts ändern, zum Handeln, zum Einmischen, zum Aufbruch. Viele Bilder wie das vom Romanesco, neue und alte – in einen anderen Zusammenhang gestellte – Geschichten (Narrative) und profunde Einblicke aus Ökonomie, Wissenschaft und Gesellschaft sind eine Fundgrube gegen Enttäuschung, Resignation, Rückzug ins Private und gegen Zukunftsängste. „Wir können auch anders“ ist ein Werk, das mit viel Liebe für unsere Zeit geschrieben ist.

Martin Kleineidam

Zeitenwende zur Friedenslogik

Bericht vom Studientag des Initiativkreises Frieden (IKF) und des AEE

Von HG Koch

„Endlich volles Haus!“, freuten sich sieben friedensengagierte Gruppen, als sich der Gemeindesaal von St. Jobst in Nürnberg immer mehr füllte und die 60 Stühle für die angemeldeten Teilnehmenden nicht reichten.

Zugegeben, der Altersdurchschnitt hätte niedriger sein können. „Wo sind die Jungen?“, hörte man immer mal wieder fragen. Aber es ist halt so, dass die „Friedensbewegten“ der 70er- und 80er-Jahre jetzt selbst 70, 80 oder älter sind, dass sie aber die Friedensbewegung nicht loslässt. Zumal, wenn es nicht nur um einen schrecklichen Krieg in Europa geht, der schon bald zwei Jahre dauert und kein Ende abzusehen ist. Jetzt gibt es seit dem 7. Oktober 2023 einen zweiten Krieg in Israel und Palästina. In beiden Fällen ist klar, wer den Krieg angefangen hat, nämlich Wladimir Putin und die Hamas-Miliz. Klar ist aber auch, dass beide Kriege eine Vorgeschichte haben. Die muss in die Bewertung einbezogen werden, ohne dass sie die Gewaltexzesse irgendwie rechtfertigen könnte. Andreas Zumach, Journalist und langjähriger Experte für Sicherheitsfragen, verdeutlichte das am Beispiel des Krieges von Russland gegen die Ukraine.

Vieles, was er sagte, zeigt die Konflikte aus einer neuen Sicht:

- dass „Zeitenwende“ eine typisch „eurozentrische“ Sicht sei, die sich weltweit ganz anders darstellt;

- dass Kriege „gegen den Terrorismus“ bisher krachend schiefgegangen sind;
- dass unser Grundgesetz eigentlich Militarisation verbietet;
- dass natürlich der Ukrainekrieg nicht der erste Krieg in Europa nach 1945 ist;
- dass die Kriegsziele beider Kriegsgegner irgendwie erreichbar seien;
- dass die „westlichen Werte“ angesichts der westlichen Verletzungen internationalen Rechts nicht viel taugen;
- dass nur Verhandlungen ohne Vorbereitung helfen könnten, evtl. vermittelt durch den globalen Süden.

Günter Breitenbach brauchte beim Mittagsgebet nur am Text aus dem Jesajabuch (Jes 29, 17-24) entlangzugehen, der mit verblüffender Aktualität die Grundlagen für eine Zeitenwende zum Frieden beschreibt: Regeneration der Wälder, Freude für die Ärmsten, Leute, die Augen und Ohren offen halten und sich für ihren Glauben nicht schämen. Das ist die Wende: Mit den Tyrannen geht es zu Ende. Gewalttäter werden gestoppt. Kritische Stimmen werden gehört und Justizopfer bekommen ihr Recht. Irrende lassen sich belehren. Das alles wird dadurch möglich, dass wir auf die Kinder schauen, die Gott schenkt und deren Zukunft nicht zerstört werden darf.

Am Beginn des Nachmittagsplenums stand ein Bericht von Pfarrer Martin Tontsch, Arbeitsstelle kokon für konstruktive Konfliktbearbeitung der ELKB.

Inzwischen scheint dieser Prozess völlig ins Stocken geraten zu sein. Zu hoffen ist, dass er neue Impulse bekommt von der „Friedenswerkstatt der EKD“, die der Friedensbeauftragte der EKD Bischof Friedrich Kramer ins Leben gerufen hat. Martin Tontsch ist daran beteiligt. Erste Anhörungen von Fachleuten der Friedens-theologie/Friedensforschung hat es bereits gegeben. Manche Foren sind online öffentlich. Das Plenum bittet Martin Tontsch um Information, wann die nächste öffentliche Veranstaltung per Zoom stattfindet.



Anschließend referierte Stefan Brües aus dem Koordinierungskreis „Sicherheit neu denken“ über methodische Grundsätze und praktische Beispiele von gewaltfreier Konfliktbearbeitung. U. a. berichtete er von den gewaltfreien Aktionen der Frauen in Liberia und von der NGO „Nash Dom“ in Belarus, die schon lange vor dem Krieg aktiv war und jetzt vor allem Kriegsdienstverweigerer unterstützt. In der anschließenden Gruppenphase

mit Stefan Brües wurde deutlich, dass gewaltfreie Aktionsmöglichkeiten viel bekannter gemacht werden müssen, auch in der Bildungsarbeit an Schulen. Hauptthema der Gesprächsgruppe mit A. Zumach am Nachmittag war der aktuell alle sehr bewegende Nahost-Krieg. Zumach trug in hilfreicher Weise ein analytisches Urteil über beide Seiten des Konflikts vor, ohne Relativierungen.

Mutmachend war der Auftritt von Ilona Schuhmacher von der Evangelischen Jugend in Bayern. Sie berichtete vom



„Ökumenischen Friedensjahr“, das die evangelische und katholische Jugend in Bayern ausgerufen haben. (ejb.de/Friedensträume) Diese Initiative wird noch weiter ausgebaut. Ilona Schuhmacher wird mit dem IKF in Verbindung bleiben für Informationsaustausch und evtl. eine Begegnung zwischen den Generationen. Die „Friedensträume“-Aktion wird mit Freude aufgenommen.



Malonos Kateryna, 14, Orzhiv, Rivne, Ukraine



Kuchynska Yulia, 10, Vinnytsia, Ukraine



Boyana Dimitrova Dimitrova, 16, Shumen, Bulgaria

„I draw peace“

Eine Ausstellung der Kunstschule Cherson in der Ukraine

Ein Bild geht um die Welt, genauer gesagt sind es derzeit rund 2.000 Bilder. Gemalt von Kindern aus der Ukraine, aber auch aus der Türkei, Taiwan, China, Litauen, Mexiko, Deutschland. Der Titel der Ausstellung: I draw peace.

Initiiert wurde das Projekt von der Leiterin der Kunstschule Cherson in der Ukraine, Prof. Yulia Slipich, und ihrem Mann Pavel, ebenfalls Lehrer an der Kunstschule. Sie betreuten rund 800 Schüler, der Unterricht fand sieben Tage die Woche von 12 bis 22 Uhr statt. Die Schule verfügte auch über eine eigene Galerie (Der blaue Kater) und knüpfte wertvolle Kontakte ins Ausland. Die Galerie ist den Bomben zum Opfer gefallen, ebenso wie die darin gelagerten Kunstwerke.

Als der Krieg begann, mussten die Slipichs ihr Heim und die Schule verlassen, genauso wie viele von ihren Schülern. Zunächst zogen sie in den Westen der Ukraine, wo sie bei der Kinderbetreuung halfen. Anschließend reisten sie weiter nach Tschechien, wo sie Zuflucht fanden

in der evangelischen Gemeinde in Přeštice, deren aktive Mitglieder sie wurden. Hier haben sie den Unterricht an der Schule für 500 Schüler wieder aufgenommen, die nun am Online-Unterricht teilnehmen. Nur so kann der Unterricht fortgesetzt werden. Das Ehepaar Slipich koordiniert die Arbeit der Lehrkräfte, führt Interviews mit Schülern und bewertet ihre Arbeit unter vorläufigen Bedingungen.

Als Russlands Überfall über die Ukraine hereinbrach, dachten sie noch, das ginge schnell vorüber: „Wir waren naiv! Wir dachten, in ein paar Wochen ist das vorbei. Deshalb haben wir die Kinder aufgefordert, ein Bild zu malen und an uns zu senden. Einsendeschluss sollte der 22. April sein. Danach wollten wir eine große Ausstellung machen.“ Vorgabe war, dass das Bild auf einer ukrainischen Flagge basieren sollte und Motive enthält, die zum Thema „Frieden“ passen.

Für Schüler und Studenten dieser Online-Schule ist die Möglichkeit, ein Stu-

dium der Bildenden Künste fortzusetzen, nicht nur für ihre Kunstausbildung, sondern auch für ihr Leben von wesentlicher Bedeutung – es handelt sich um eine Form der Kunsttherapie, die Möglichkeit, traumatische Erfahrungen zu verarbeiten, die die überwiegende Mehrheit von ihnen durchgemacht hat. Die meisten leben verstreut über Europa und Übersee, viele von ihnen leben in der Ukraine, wo Kinder oft Angst vor Bombenangriffen haben müssen und nur dann Anschluss finden, wenn der Strom funktioniert. Dasselbe gilt auch für ihre Lehrer. Für viele ist es ein großes Trauma, gezwungen zu sein, an einen fremden Ort zu fliehen, wo sie keine Freunde haben und nicht in dem gewohnten Bildungssystem weitermachen können. Die Möglichkeit kreativer Tätigkeit ist für sie in gewisser Weise eine Erlösung. Immer wieder stehen der Künstlerin die Tränen in den Augen, wenn sie davon berichtet, wie die Kinder malen und vom Frieden



Kurochka Vsevolod, 7, Kherson, Ukraine

träumen. Wie sie die Umgebung ihres Hauses zeichnen, die doch in Schutt und Asche liegt. Wie wichtig die Familie für sie ist, die gerade vom Krieg zerrissen wurde. Die Ausstellung wurde in Ländern wie China und Taiwan über England und Italien bis hin nach Mexiko und die USA gezeigt. In der Christuskirche Selb steht derzeit eine kleine Auswahl von Bildern. Ein Teil davon ist auf der Homepage zu sehen: www.christuskirche-selb.de/i-draw-peace-kinder-malen-frieden

Johannes Herold

„Ich fühle mich wie vor dem Krieg“

**Kinder der Theaterschule in Charkiw/Ukraine erholen sich
in einem Theatercamp in Süddeutschland**

Mit 1,5 Millionen Einwohnern ist Charkiw die zweitgrößte Stadt der Ukraine. Sie liegt im Nordosten des Landes, 40 km von der russischen Grenze entfernt. Seit Beginn des russischen Überfalls vor fast zwei Jahren steht die Stadt unter ständigem Beschuss. Luftalarm, Übernachten in Schutzräumen und einschlagende Raketen mit zerstörten Gebäuden und Plätzen gehören zum Alltag. Was das für die Bevölkerung bedeutet, können wir uns kaum vorstellen.

Bereits zum vierten Mal konnten sich Mädchen und Jungen des Kinder- und Jugendtheaters Rika für mehrere Wochen im ostwürttembergischen Heidenheim aufhalten – mit der überlebenswichtigen Möglichkeit, sich von den Angriffen zu erholen und sich auf das zu konzentrieren, was sie am liebsten machen: Theater spielen. Sie werden dabei von ihren Tanz- und Theaterpädagogen angeleitet, die vor 1 ¼ Jahren in Heidenheim Zuflucht gefunden haben und dort wohnen.

Die jungen Menschen im Alter von sieben bis siebzehn Jahren machen sich auf eine über 2.000 km lange Reise, die 48 Stunden dauert. Hier angekommen, proben sie täglich, studieren ein Theaterstück ein und führen es mehrmals für die gesamte Bevölkerung auf. Und es hat sich herumgesprochen, dass das Ensemble auf einem beachtlichen Niveau spielt.

Bis jetzt wurde Folkloristisches und Märchenhaftes aufgeführt sowie ein ernstes Drama über das Schicksal ukrainischer Dichter und Denker in den 1920er-Jahren mit besorgniserregenden Parallelen zu heute.

Von ursprünglich 80 Schüler:innen der Theaterschule in Charkiw sind noch 30 vor Ort. Die anderen sind in den Westen der Ukraine, nach Polen, Deutschland und Kanada geflohen. Die Leiterin, Antonina Sanina, ist geblieben und unterrichtet tagsüber als Grundschullehrerin, wegen des Krieges ausschließlich online. Abends kümmert sie sich um die Theaterschüler und hält einen Notbetrieb am Laufen. Aus Sicherheitsgründen finden keine Aufführungen statt, es darf nur in kleinen Gruppen privat geübt werden.

Dass die Ukrainer:innen hier Theater spielen können, hat eine starke therapeutische Wirkung für alle, unabhängig von Alter und Wohnsitz. „Ich fühle mich wie vor dem Krieg“, sagt der diesmalige Hauptdarsteller Konstantyn. Das gemeinsame Spielen verbindet, schafft einen seelischen Ausgleich, setzt Energien frei und hat eine heilsame Kraft. Und aus Gästen werden Gastgeber:innen, die Einheimischen ukrainische Kultur nahebringen.

Das Theatercamp in Heidenheim hat viele Institutionen und Organisationen



zusammengeführt und ist so ein Beispiel für übergreifendes und kooperierendes Engagement. Der Verein „Heidenheim-für-Ukraine.de“ ist Anlaufstelle und Organisator. Die Stadtbibliothek stellt ihren modernen Theaterraum zur Verfügung. Die AOK hat mit ausrangierten Stühlen und Tischen ausgeholfen, die AWO mit Herd, Kühlschrank und Spültisch. Die Evang. Kirchengemeinde Schnaitheim stellte eine leer stehende Wohnung als Unterkunft zur Verfügung, ihr Förderverein bezuschusste die Verpflegung, im Gemeindeheim der Kath. Kirchengemeinde konnte geprobt werden und der Evang. Kirchenbezirk unterstützte mit Fördermitteln für die Arbeit mit Geflüchteten.

Auch andere Kirchengemeinden sind in der Region aktiv. Die Kirchengemeinde in Aalen unterstützt ein wöchentliches Café für Geflüchtete. In der Heidenheimer Pauluskirche, die gerade ihr 125-jähriges Bestehen feierte, fanden bisher fünf deutsch-ukrainische Gottesdienste statt, der letzte zu Weihnachten, erneut mit der Erkenntnis, dass biblische Geschichten, wie die Herbergssuche oder die Flucht nach Ägypten, überraschend zeitlos und aktuell sein können.

Im Sommer 2024 ist ein weiteres Theatercamp geplant. Wer die Gruppe zu einer Aufführung einladen möchte, kann sich per E-Mail melden:

kontakt@heidenheim-fuer-ukraine.de

Michael Williamson, Heidenheim

Briefe an uns



Axel Sachs, ein katholischer Leser von B+K, schreibt an Hans-Gerhard Koch:

„Die Punkte, die du zur Kirchengaustrittswelle als Unterschied zur kath. Kirche aufführst, sind sicher richtig und können als Gründe für einen Austritt aus der evangelischen Kirche nicht herhalten. Meine Frage ist nur die, sind das auch die Gründe, oder sind das nur vorgeschobene Gründe, weil man die eigenen nicht nennen mag oder kann. Gibt es vielleicht auch die Gründe, dass mir die Kirche nicht mehr viel gibt, die Lehre mir nichts mehr sagt, ich mich in der Kirche nicht mehr zu Hause fühle? Die Kirche und ihre Tätigkeiten nicht mehr mit meinem Servicedenken übereinstimmen, schließlich bezahle ich ja genug Kirchensteuer... Das sind Gründe, die man öffentlich sicher nicht nennt, die ich aber aus persönlichen Gesprächen aus beiden Kirchen kenne.

Für mich gibt es bei der Diskussion eine grundsätzliche Frage: „Kann man denn aus der Kirche austreten?“ Ich kann eine Institution verlassen, an welche ich Beiträge entrichte. Bin ich damit aus der Kirche ausgetreten? Kirche ist mehr als diese Institution, und wenn du mit einem Südamerikaner, und nicht nur mit dem sprichst, kann er den Begriff Kirchengaustritt nicht einordnen. Seine Antwort ist, ich bin getauft und damit Mitglied der Kirche geworden. Es kann sein, dass ich keinen Gottesdienst mehr besuche, mich

auch sonst nicht sehr christlich verhalte, aber ich kann doch die Kirche nicht verlassen, denn dazu müsste ich die Taufe rückgängig machen. Hat vielleicht schon einmal jemand darüber nachgedacht, dass sich unser Verständnis von Kirche ändern müsste? Um das auf einen Punkt zu bringen: Gäbe es keine Kirchensteuer, gäbe es auch keine Kirchengaustritte. Um das noch etwas auf die Spitze zu treiben: Alle diejenigen, die nach unserem Verständnis aus der Kirche ausgetreten sind, haben doch nur die Institution Kirche verlassen, die sie wie einen Verein sehen, in dem man Mitgliedsbeiträge zahlen muss und mit dessen Verwendung sie möglicherweise nicht einverstanden sind. Sie sind aber damit doch keine anderen Menschen geworden. Ich gehe davon aus, dass Christus eine andere Messlatte hat, mit der er Kirche misst.“

Unser Mitglied, Pfarrer i. R. Ekkehard Purrer, hat sich in einem Offenen Brief an die evang.-luth. kirchenleitenden Organe, das Sonntagsblatt und auch den AEE gewandt. Daraus hat sich ein Briefwechsel mit unserem Redaktionsmitglied Martin Kleineidam entwickelt, den wir auszugsweise dokumentieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Schwestern und Brüder!

„Profil und Konzentration“ und „galoppierender Schwund der Mitgliederzahlen“ – da stimmt doch was nicht!

Im Sonntagsblatt zum 12. März lese ich unter der zitierten Überschrift den großen Schmerz unseres Landesbischofs über

die Austritte und dass „der christliche Glaube in den Familien nicht mehr als Selbstverständlichkeit gelebt und weitergegeben“ wird. Und: „Man sei mittendrin, die Kirche umzubauen, damit sie attraktiver wird...“ Und dann wird ja immer wieder auf PuK (Profil und Konzentration) als neues Rezept verwiesen. Da lese ich unter „Die Schwerpunkte bis 2030“ in „nachrichten“ zusammenfassend: „Über gute und digitale Kommunikation baut die ELKB den Kontakt und die Beziehung zu ihren Mitgliedern und den Menschen im Sozialraum aus...“

Aber was hat's gebracht bei den höchsten Austrittszahlen unserer Geschichte im letzten Jahr?, frage ich kritisch mit vielen Mitarbeitern von der Basis unserer Gemeinden.

Welche dogmatisch-langweilige Predigt wurde ansprechender? Welche Lieder mehr eingeübt? Welche Religionsstunde interessanter? Welcher Besuch mehr gemacht? ...Wo und bei wem gab es eine echte Umkehr? ...

Mit diesem Aufschrei höre ich auch die Klage eines Pfarrers, der Mitglied in der Landessynode ist: In den offiziellen Dienstordnungen der Landeskirche sind 3 (drei!) Prozent der Arbeitszeit des Pfarrers für Besuche (Seelsorge?) gedacht. Und ich frage: Wie viel Prozent für die Arbeit am PC?

Wenn dies das Ergebnis von PuK ist, dann kommt mir PuK vor wie die akademisch klug vorgetragene Verbesserung des „Betriebssystems Kirche“, aber eben nicht wie die Verantwortung eines Hirtenamtes für Gemeindeaufbau und Kirche. Ich frage zugespitzt: Trägt unsere Kirche

mit PuK nicht der vom kapitalistischen Erfolgsprinzip vorgegebenen Werbestrategie („Kirche muss attraktiver werden!“ „Muss digitalisierter werden!“ usw.) die Schleppe der Zeit hinterher anstatt „Vortrupp des Lebens“ (Helmut Gollwitzer!) zu sein?...

Hat dies PuK vergessen, ich denke: sträflich vernachlässigt und damit auch die Seelsorge sträflich vernachlässigt?! Facebook kann den Besuch nicht ersetzen, deshalb rege ich eine neue Initiative in unserer Kirche für Besuche an ...

Mit freundlichen Grüßen,

Hans Ekkehard Purrer, Pfarrer emeritus

Martin Kleineidam hat geantwortet:

Lieber Kollege Purrer, vielen herzlichen Dank für Ihr Schreiben und Ihre Gedanken, die voll von Liebe und Fürsorge für unsere Kirche getragen sind.

Ich stimme Ihnen zu, dass Seelsorge viel zu kurz kommt. Es gibt viele Faktoren, warum das so ist. Ein wichtiger Faktor ist sicher die Digitalisierung, die im Grunde als ein neues und eigenes Arbeitsgebiet neben Gottesdienst, RU und Seelsorge in den letzten Jahrzehnten hinzugekommen ist.

Doch wie behebt man das Problem fehlender persönlicher Nähe? Bei RU, Gottesdiensten und Kasualien kann man keine Zeit sparen, um Besuche zu machen, wenn man nicht die Predigt oder den Unterricht durch eine KI erstellen lassen will. Also spart man dort, wo der Aufschrei am wenigsten auffällt: beim Besuch. ...

Meine Frau und ich machen hier in Heidenheim trotzdem ständig Besuche bei Geburtstagen und Mitarbeitenden (bei Schwerkranken und Sterbenden, wenn wir es erfahren) und ich bin auch bei der Notfallseelsorge mit dabei, weil wir beide die Seelsorge sehr wichtig finden. Wir begleiten übrigens auch einen Besuchsdienstkreis. Darum sprechen mich auch Ihre Zeilen so an. ...

Ich bin daher der Meinung, dass der Mitgliederschwund eine Vielzahl von Ursachen hat, der nicht auf eine – ich sage es einmal salopp – „besuchsfale“ Pfarrerschaft oder einen mangelhaften ehrenamtlichen Besuchsdienst allein zurückzuführen wäre. Ich empfinde es so, dass wir schon lange mit dem Rücken zur Wand stehen, und wir könnten uns in dieser angegriffenen Lebenssituation gegenseitig dann auch richtig fertigmachen und den Schwarzen Peter zuschieben. ...

Die Jungen der Offenen Kirche indessen sehen die Verwerfungen zumindest hier in Württemberg anders. Sie kennen in der Tiefe vielleicht noch nicht die Vorzüge einer Volkskirche und wissen vielleicht auch noch nicht die damit verbundene Rede- und Lehrfreiheit zu schätzen. Sie sehen in den Wegbrüchen insbesondere Chancen des Neuanfangs. Nun, in der Bescheidenheit des Urbarmachens von ungepflegtem Land müssen wir Ältere uns wohl wieder üben. Das wird nicht ohne Schmerz und Tränen gehen.

Lieber Herr Kleineidam, haben Sie ganz herzlichen Dank für Ihre intensive Antwort. Sehr vielem kann ich da nur zustimmen, ich bin ja auch erst ein paar Jahre im Ruhestand und war zuletzt Großstadtpfarrer in München und habe auch täglich viele Mails geschrieben, – sicher ein hilfreiches neues Instrument!

Mein kritischer Ruf ist kein Plädoyer für mehr Arbeit, sondern dass wir uns nicht im falschen Kleinkram der Digitalisierung verrennen. Viele Formalia können doch unsere (ehrenamtlichen) Hilfskräfte, wenn wir sie liebevoll fragen, genauso wie wir. Ich finde es unmöglich, dass unsere Landeskirche für den Besuch des Pfarrers 3 Prozent der Arbeit ansetzt, dabei ist das theologische Gespräch elementar und sollte auch weiter in die Predigt hineinwirken. ...

Dazu möchte ich besonders Mut machen. Der Besuch des Pfarrers ist ein Riesenprivileg in der Vereinsamung vieler Menschen heute und vielleicht zehnmal so viel wert wie eine Mail!

*Herzlichst,
Ekkehard Purrer*

Der AEE sucht einen **Geschäftsführer m/w/d**

Gesucht wird jemand, der mit Geld umgehen kann und bereit ist, diese Fähigkeit für unseren Verein einzusetzen!

Denn: Unsere Geschäftsführerin Beate Rabenstein will sich nach ihrem wohlverdienten Ruhestand und Rückzug aus dem Berufsleben auch hinsichtlich ihres ehrenamtlichen Engagements zur Ruhe setzen.

Ein:e Nachfolger:in würde als erste Ansprechpartnerin für E-Mail-Kontakte fungieren und unseren Newsletter per E-Mail versenden. Die Person würde die Mitgliederliste führen und Mitgliedsbeiträge einziehen und überprüfen. Sie ist Mitglied im Leitenden Team des AEE und hilft bei der Organisation von Veranstaltungen unseres Vereins.

Kennen Sie vielleicht jemanden, der jemanden kennt...? Oder wären Sie womöglich bereit, das Amt selbst zu übernehmen? Dann wenden Sie sich bitte entweder an Beate Rabenstein oder ein anderes Mitglied des LT.

Wir hoffen auf Ihr Engagement!

Johannes Herold

Regionalgruppe Nürnberg

Treffen im Juli: „Das Böse“ – Krieg und Katastrophen theologisch verstehen?“

Wir wollten zum Abschluss unserer Diskussionsreihe über Krieg und Frieden darüber nachdenken, wie wir Krieg und Gewalt als „abgrundtiefes Böses“ theologisch einordnen können, ohne gleich in einen ebenso abgrundtiefen Welterschmerz zu verfallen.

Pfarrerin Claudia Kuchenbauer von der Arbeitsstelle „kokon – konstruktive Konfliktbearbeitung“ war unsere Impulsgeberin. Sie sah „Das Böse“ nicht als irgend eine Macht außerhalb von uns selbst. Die „Dämonen“ räuberische Gewalt, Streben nach Macht, Rache und Vergeltung, Freude am Leiden anderer und Rechthaberei seien in uns. Allerdings auch die „Engel“ Empathie, Ver-

stehen, Vernunft und Distanz. Sie geht von der Lehre der „Traumapädagogik“ aus, die den Menschen als ein „bedürftiges“ Wesen ansieht. Er braucht Bindung, Selbstwert, Kontrolle und Sicherheit. Menschen werden „böse“, wenn sie all das nicht bekommen. Sie greifen dann zu verständlichen, aber falschen Überlebensstrategien wie Schuld, Strafe und Opfer.

Es liegt an uns selbst, ob wir uns und unsere Kinder so oder anders erziehen. Einen irgendwie „dunklen“ Gott sieht Frau Kuchenbauer nicht. Gott ist Liebe, nichts sonst.

In der Diskussion ging es natürlich um aktuelle „böse“ Situationen wie den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Wir waren uns einig, dass ein Krieg „gegen das Böse“ nicht zu gewinnen ist. Gewinnen kann man nur den Frieden. *hg*

Wir versenden b+k an alle Mitglieder und Interessierten, deren E-Mail wir haben, **per Mail**. Wenn Sie nicht sicher sind, ob wir Ihre (richtige) E-Mail haben, bitten wir um eine Mail an Beate Rabenstein unter *f-b-rabenstein@gmx.de*

Wenn Sie b+k **weiterhin und kostenlos als Print-Ausgabe** bekommen möchten: kein Problem! Es genügt eine Nachricht an Frau Rabenstein, *Tel: 0911-7807204*, oder per Post an: *AEE-Geschäftsstelle, Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth*.

Wenn Sie eine größere Zahl von b+k-Heften zur Verteilung möchten, sagen Sie bitte Bescheid, wie viele und wo Sie sie verteilen. Wir werden dann die Auflage entsprechend anpassen.

Danke für Ihr Mittun!

Ihre Redaktion

Der AEE ist auch auf Facebook



www.facebook.com/AEEbayern

Namen und Adressen

Leitendes Team

Johannes Herold, Sprecher,

Gemeindepfarrer, Selb, 09287-60554 Johannes.Herold@elkb.de / aee-bayern@elkb.de

Franzi Maisel,

Erzieherin, Bayreuth, 015115657639 franzimaisel24@gmail.com

Beate Rabenstein, Geschäftsführerin,

Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth, 0911-7807204 f-b-rabenstein@gmx.de

Brigitte Wellhöfer,

Krankenschwester i. R., Nürnberg, 0911-532279, brig.wellhoefer@nefkom.net

Elke Zimmermann,

Journalistin, München, 089-3596590 elke_zimmermann@hotmail.com

Regionalgruppe Nürnberg

Dr. Hans-Gerhard Koch, Pfarrer i. R., Sonneberger Str. 10, 90765 Fürth, hagekoch@kabelmail.de und

Christa Salinas, Nürnberg, salitaut@t-online.de

Regionalgruppe Bayreuth

N.N.

Unter den Übermütigen ist immer Streit; aber Weisheit ist bei denen, die sich raten lassen. *Sprüche 13,10*



"Die Politik der Extremisten und Populisten zum Umgang mit Geflüchteten beispielsweise steht in einem tiefen Widerspruch zu dem, wofür das Christentum steht". (Heinrich Bedford-Strohm)